

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1399

des Abgeordneten Daniel Freiherr von Lützow (AfD-Fraktion)

Drucksache 7/3880

Rede des Innenministers während der 20. Sitzung der 7. Legislaturperiode

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Im Rahmen der Plenardebatte am 27. August 2020 im brandenburgischen Landtag betonte Innenminister Michael Stübgen, dass ihm der Schutz der Demokratie auf kommunaler Ebene sehr wichtig sei. Dabei sicherte er den Bürgermeistern und kommunalen Mandatsträgern Schutz vor extremistischen Übergriffen zu. Dazu solle sich die Arbeit der brandenburgischen Sicherheitsbehörden intensivieren. Überdies werde das Ministerium des Inneren und für Kommunales (MIK) eine wissenschaftliche Studie in Auftrag geben.¹ Im Oktober 2020 erfolgte dann ein Brandanschlag auf das Kraftfahrzeug des ehemaligen Neuruppiner Bürgermeisters Jens-Peter Golde, welcher der parteiunabhängigen Wählergruppe „Pro Ruppin“ angehört. Nach Angaben des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) erhielt der Kommunalpolitiker sogar Morddrohungen. Die Sicherheitsbehörden gingen insofern von einem politisch motivierten Anschlag aus.² In der Tabelle „Brandstiftungsdelikte mit politisch motiviertem Hintergrund in Brandenburg“ (siehe Drucksache 7/3043, Anlage) wird diese Straftat unter der laufenden Nummer 41 aufgeführt. Ein konkreter Phänomenbereich politisch motivierter Kriminalität habe aufgrund der laufenden Ermittlungen bisher noch nicht zugeordnet werden können (Stand: 22.01.2021).

Frage 1: Mit welcher konkreten Thematik befasst sich die oben genannte Studie?

zu Frage 1: Die Studie befasst sich mit der Bedrohungssituation kommunaler Mandatsträger und aus den Ergebnissen abzuleitenden Präventionsansätzen.

Frage 2: Welchen Arbeitstitel trägt die Studie?

zu Frage 2: Die Studie trägt den Titel „Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatsträgern vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt“.

Frage 3: Wurde diese Studie bereits in Auftrag gegeben?

zu Frage 3: Ja.

¹ Vgl. Plenarprotokoll 7/20, S. 36.

² Vgl. <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2020/10/brandenburg-neuruppin-buergermeister-golde-brand-auto.html>, zuletzt aufgerufen am 16.06.2021 um 12:10 Uhr.

Frage 4: Sofern dies der Fall ist, schließen sich folgende Fragen an:

a) Gab es eine Ausschreibung für diese Studie?

zu Frage 4a): Ja.

b) Handelt es sich dabei um eine wissenschaftliche Studie? Wenn ja, wodurch kennzeichnet sich diese Wissenschaftlichkeit?

zu Frage 4b): Ja. Durch die Anwendung wissenschaftlicher Methoden.

c) Wer wurde vom MIK mit der Erstellung dieser Studie beauftragt?

zu Frage 4c): Die „Change Centre Consulting GmbH“ wurde beauftragt.

d) Welche Kosten wurden für die Erstellung veranschlagt?

zu Frage 4d): Die Vergabesumme beträgt 114.975 Euro (brutto).

e) Wann ist mit Ergebnissen dieser Studie zu rechnen?

zu Frage 4e): Mit den Ergebnissen ist im ersten Halbjahr 2022 zu rechnen.

Frage 5: Sofern die Studie noch nicht in Auftrag gegeben wurde, schließen sich folgende Fragen an:

a) Weshalb ist die Beauftragung der Studie bisher noch nicht erfolgt?

b) Wann soll die Studie in Auftrag gegeben werden?

c) Ist die Beauftragung zur Erstellung dieser Studie für das MIK mittlerweile obsolet?
Wenn ja, warum?

zu Frage 5: Entfällt.

Frage 6: Wie ist der aktuelle Ermittlungsstand der unter der laufenden Nummer 41 (in der Tabelle „Brandstiftungsdelikte mit politisch motiviertem Hintergrund in Brandenburg“ der Anlage der Drucksache 7/3043) aufgeführten Straftat?

zu Frage 6: Die Ermittlungen zu dieser Straftat dauern weiterhin an.

Frage 7: Konnte bereits ein konkreter Phänomenbereich politisch motivierter Kriminalität für diese Straftat zugeordnet werden?

zu Frage 7: Die in Rede stehende Straftat wurde in den Phänomenbereich PMK -nicht zu-
zuordnen- einklassifiziert.

Frage 8: Wurden die Morddrohungen gegen den ehemaligen Bürgermeister Jens-Peter Golde vom Kriminalpolizeilichen Meldedienst in der Eingangsstatistik politisch motivierter

Kriminalität aufgenommen? Falls ja, welchem Phänomenbereich wurde diese Straftat zugeordnet?

zu Frage 8: Die Straftaten gemäß § 241 StGB zum Nachteil des ehemaligen Bürgermeisters Jens-Peter Golde wurden in der Eingangsstatistik PMK aufgenommen und unter dem Phänomenbereich PMK -nicht zuzuordnen- registriert.

Frage 9: Welche konkreten Sicherheitsmaßnahmen wurden zum Schutze des Kommunalpolitikers Golde wegen der Morddrohungen durch die brandenburgischen Sicherheitsbehörden eingeleitet?

zu Frage 9: Auskünfte über konkrete Schutzmaßnahmen können nicht gegeben werden, da diese Informationen gemäß PDV 129 „Personen- und Objektschutz“ der Geheimhaltung unterliegen.